

## Niederschrift

### über die Sitzung des Gemeinderates der Ortsgemeinde Königernheim ( öffentlicher Teil )

vom 29.08.2013

in Königernheim, Sickingenhalle, Im Wiesengrund 1

Beginn: 20:00 Uhr

Ende: 20:27 Uhr

---

Anwesend:

#### Stimmberechtigt:

Jutta Hoff	Ortsbürgermeisterin und Vorsitzende
Sabine Stauß	1. Beigeordnete und Ratsmitglied
Bernhard Hammer	2. Beigeordneter und Ratsmitglied
Norbert Schneider	Ratsmitglied
Armin Grubert	Ratsmitglied
Uwe Schmelzeis	Ratsmitglied
Carsten Dietz	Ratsmitglied
Dietrich Landua	Ratsmitglied
Roswitha Hassinger	Ratsmitglied
Claus Bösel	Ratsmitglied
Maria Horter	Ratsmitglied
Beate Bunn-Torner	Ratsmitglied
Stefan Pforr	Ratsmitglied
Sabine Kunz	Ratsmitglied
Thomas Wohlmuth	Ratsmitglied
Sabine Bender	Ratsmitglied

Entschuldigt:

Nikolaus Lauterbach	Ratsmitglied
---------------------	--------------

#### Nicht stimmberechtigt:

Karin Reifschläger	Schriftführung
--------------------	----------------

Die Mitglieder des Gemeinderates der Ortsgemeinde Köngernheim waren durch die Einladung vom 19.08.2013 auf Donnerstag, den 29.08.2013, 20:00 Uhr, unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen worden. Tag, Zeit und Ort sowie Tagesordnung waren öffentlich bekannt gegeben.

Die Vorsitzende stellt bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Ladungsfrist keine Einwendungen erhoben wurden und begrüßt alle Teilnehmer.

Der Gemeinderat ist nach Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Die Vorsitzende ruft die Protokolle der letzten drei Sitzungen des Gemeinderates auf. Es werden keine Änderungswünsche erhoben. Die Protokolle werden einstimmig so genehmigt.

Die Vorsitzende beantragt folgende Ergänzungen der Tagesordnung im öffentlichen Teil:

TOP 2 (neu) "Beteiligung der Träger öffentlicher Belange, Ortsgemeinde Selzen, westlich der Gaustraße".

TOP 3 (neu) "Beteiligung der Träger öffentlicher Belange, VG Nierstein-Oppenheim, Änderung des Flächennutzungsplanes".

Die Vorsitzende erklärt, dass sie zu diesem Tagesordnungspunkt zunächst nur eine CD erhalten habe, am heutigen Abend habe sie die Unterlagen rechtzeitig in Papierform bekommen.

TOP 4 bis 6 (neu) entsprechen den vorherigen TOP 2 bis 4.

Weitere Änderungswünsche werden nicht erhoben.

Die Mitglieder des Gemeinderates der Ortsgemeinde Köngernheim stimmen den beantragten Änderungen der Tagesordnung einstimmig zu.

**Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

1. Stellungnahme zum Entwurf des Landesgesetzes über die Eingliederung der Verbandsgemeinde Guntersblum in die Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim (Vorlagen-Nummer: 06/2013/0017)
2. Beteiligung der Träger öffentlicher Belange, Ortsgemeinde Selzen, westlich der Gaustraße
3. Beteiligung der Träger öffentlicher Belange, VG Nierstein-Oppenheim, Änderung des Flächennutzungsplanes
4. Mitteilungen
5. Anfragen
6. Einwohnerfragestunde

Kopie

## **Tagesordnung:**

### Öffentlicher Teil:

1. Stellungnahme zum Entwurf des Landesgesetzes über die Eingliederung der Verbandsgemeinde Guntersblum in die Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim

---

1. In seiner Sitzung am 07.05.2012 hat der Verbandsgemeinderat Nierstein-Oppenheim der freiwilligen Fusion mit der Verbandsgemeinde Guntersblum zugestimmt. Der Beschluss hat folgenden Wortlaut:

„Der Verbandsgemeinderat der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim beschließt

a) der Fusion der Verbandsgemeinde Guntersblum mit der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim mit Wirkung vom 1. Juli 2014 zuzustimmen mit dem Ziel der Gründung einer neuen Verbandsgemeinde „Rhein-Selz“,

b) dem Abschluss der Fusionsvereinbarung in der vorliegenden Fassung zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen“

Auch der Verbandsgemeinderat Guntersblum hat in einer am gleichen Abend durchgeführten Sitzung der freiwilligen Fusion zugestimmt. Der Beschluss hat folgenden Wortlaut:

„ 1. Der Verbandsgemeinderat Guntersblum beschließt, die positive Entscheidung zur Fusion mit der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim unter Vorbehalt zu stellen und zwar so lange, bis Klarheit dahingehend besteht, inwieweit das Land Rheinland-Pfalz Zwangsfusionen nach dem 1. Landesgesetz zur Kommunal- und Verwaltungsreform vornimmt. Für den Fall, dass das Land von Zwangsfusionen absieht, wird beim Land beantragt, die freiwillige Bildung einer neuen Verbandsgemeinde aus den Verbandsgemeinden Guntersblum und Nierstein-Oppenheim rückgängig zu machen.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 8 Enthaltungen

2. Der Verbandsgemeinderat Guntersblum stimmt der Vereinbarung zur freiwilligen Fusion mit der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung Stand 20.04.2012 zu.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung.“

2. In einer Bürgerentscheid (04.11.2012) wurde der Beschluss des Verbandsgemeinderates Guntersblum vom 07.05.2012 aufgehoben. Die Frage lautete:

„ Stimmen Sie zu, dass der Beschluss des Verbandsgemeinderates Guntersblum vom 07.05.2012 betreffend die freiwillige Fusion der Verbandsgemeinde Guntersblum mit der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim aufgehoben wird?“

Ergebnis:

- Zustimmung: 50,2%
- Ablehnung: 49,8%

Die angestrebte freiwillige Fusion ist damit nicht zustande gekommen.

3. Anfang Juni 2013 hat die Landesregierung den Gesetzentwurf zur Eingliederung der Ortsgemeinden der Verbandsgemeinde Guntersblum in die Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim den beiden Verbandsgemeinden zur Stellungnahme vorgelegt. Die Verbandsgemeinden und ihre verbandsangehörigen Gemeinden haben zwei Monate Zeit zur Stellungnahme (**Frist: 02.09.2013**).
4. Der Gesetzentwurf ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt. Er enthält folgende wesentliche Regelungen:
- a. Eingliederung der Ortsgemeinden der Verbandsgemeinde Guntersblum in die Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim zum 01.07.2014,
  - b. die Umbenennung der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim in „Verbandsgemeinde Rhein-Selz“,
  - c. die Möglichkeit zur Einrichtung einer Verwaltungsstelle in der Ortsgemeinde Guntersblum,
  - d. die Regelungen zur Wahl eines neuen Bürgermeisters bzw. des neuen Verbandsgemeinderates und die Verwendung der derzeitigen Amtsinhaber,
  - e. Beamtenrechtliche Regelungen,
  - f. Regelungen zur Haushalts- und Kassenführung in den Jahren 2014 und 2015,
  - g. die Verwendung der Aufwendungen und Erträge sowie Einzahlungen und Auszahlungen bis zum 31.12.2014,
  - h. die Jahresabschlüsse 2014 und 2015,
  - i. die Gewährung von Schlüsselzuweisungen,

- j. den Genehmigungsvorbehalt kommunaler Vereinbarungen im Zusammenhang mit der Eingliederung der Verbandsgemeinde Guntersblum in die Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim,
  - k. die Gewährung der Hochzeitsprämie in Höhe von 854.480 €uro,
  - l. die Gewährung einer weiteren Zuweisung in Höhe von 1.000.000 €uro zur Weiterleitung an die im Gebiet der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim gelegenen Ortsgemeinden, die in besonderem Maße öffentliche Infrastruktur auch für andere Ortsgemeinden der Verbandsgemeinde Rhein-Selz vorhalten zur Reduzierung von Verbindlichkeiten,
  - m. Neuwahl Personalrat
  - n. Neuwahl Wehrleitung
5. Nicht in den Gesetzesentwurf ist die Ausweisung der Ortsgemeinde Guntersblum als Grundzentrum aufgenommen worden. Nach den Bestimmungen des Landesplanungsgesetzes ist dies Aufgabe der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe. Im Rahmen der Fortschreibung des Raumordnungsplanes ist Guntersblum als Grundzentrum ausgewiesen.
6. Akzeptanzfördernde Maßnahmen
- Im Rahmen der Gespräche zur freiwilligen Fusion der Verbandsgemeinden Guntersblum und Nierstein-Oppenheim wurde eine Liste „Akzeptanzfördernde Maßnahmen“ erstellt und dem ISIM vorgelegt.
- Der aktuelle Stand einschließlich der Stellungnahmen des ISIM ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.
7. Die gemeinsame Gesprächskommission hat in seiner Sitzung am 26. Juli 2013 darauf verständigt, dass jede Verbandsgemeinde eine eigenständige Stellungnahme zum Entwurf des Landes abgeben wird.
8. Der Verbandsgemeinderat Nierstein-Oppenheim wird in seiner Sitzung am 21. August 2013 den in dieser Vorlage enthaltenen gleichlautenden Beschluss fassen.

Die Vorsitzende erklärt, dass der Gesetzestext des Landesgesetzes und die Liste der akzeptanzfördernden Maßnahmen als Anlage der Beschlussvorlage den Gemeinderatsmitgliedern mit der Einladung zugeschickt wurden.

Diese Anlage liegt dem Protokoll bei.

Die Vorsitzende erläutert, dass zu diesem Thema eingehend in der Presse berichtet wurde, die Haltung der Guntersblumer und einiger Ortsgemeinden sei skeptisch.

Die Vorsitzende bittet die Ratsmitglieder zu Wort.

Herr Schmelzeis äußert, dass heute nicht darüber abgestimmt werden solle, ob die Fusion für Rheinland-Pfalz oder irgendeine VG günstig sei, sondern ob sie für die kleine Gemeinde Königernheim sinnvoll sei. Er erläutert, dass bereits der Presse zu entnehmen war, dass die kleineren Gemeinden wahrscheinlich nicht positiv betroffen seien. Er führt aus, dass die VG Nierstein-Oppenheim so groß sei, dass sie nicht fusionieren müsste. Die neue VG werde hohe Kosten verursachen, deshalb sei die FWG gegen diese Fusion.

Herr Schneider erklärt, dass es zwei verschiedene Sichtweisen gebe. Auf Landesebene würden die großen Parteien SPD und CDU gestärkt, für die kleineren Parteien werde es schwieriger. Als gewählter Vertreter des Ortes erwarte er einen Anstieg der Ausgaben, bedingt durch die Verwaltung der neuen VG, einen Abbau von Personal und Infrastruktur, der Bürger müsse mehr zahlen für Dienstleistungen und die Gemeinde höhere VG-Umlagen. Er bemängelt, dass Kosten und Nutzen der Fusion nicht offengelegt seien. Er stellt fest, dass sich die SPD-Fraktion bei der Abstimmung aus den vorher genannten Gründen enthalten werde.

Frau Bunn-Torner erklärt, dass falls Nierstein und Oppenheim zustimmen, die kleineren Gemeinden keine Chance haben. In zukünftig größerem Kreise werde diese Tendenz noch zunehmen. Sie erläutert, dass größere Parteien über andere Möglichkeiten verfügen und die kleineren keine Möglichkeiten mehr haben, um an andere Menschen heranzukommen. Die Politik vor Ort werde auf eine höhere Ebene gelegt, so dass die Menschen in Königernheim nicht mehr viel zu sagen haben, sie seien aber an der erhöhten Umlage dennoch beteiligt. Sie führt aus, dass die eine Million Euro in die Städte Oppenheim und Nierstein gehen und stellt fest, dass auch Königernheim ein kleines Rad in der VG sei und an den akzeptanzfördernden Maßnahmen beteiligt werden solle.

Frau Bunn-Torner erklärt weiter, dass alles arbeitsintensiver und schwieriger werde auch in Bezug auf die Kommunalwahl. Sie sehe für die Bürger in Königernheim keinen Nutzen der Fusion.

Herr Wohlmuth bemerkt, dass durch die Fusion die Demokratievielfalt zerstört werde, er halte es für äußerst bedenklich, dass kleinere Gruppierungen auf VG-Ebene keine Chance mehr hätten.

Weiter erklärt Herr Wohlmuth, dass die neue VG im Rahmen der Fusion die einzige VG sei, die eine Hochzeitsprämie bekomme und Nierstein und Oppenheim zusätzlich eine Million Euro bekomme. Man könne es auch so sehen, dass man die Fusion erkaufte habe mit einem Geschenk von je 500.000,- Euro an die Gemeinden Nierstein und Oppenheim. Herr Wohlmuth plädiert dafür, dass in der Beschlussvorlage ein Antrag formuliert werde, dass alle Orte von der Zuweisung von einer Million Euro an die neue VG profitieren sollen.

Herr Schmelzeis äußert dazu, dass unabhängig von allen Geldern vom Demokratieverständnis her, die Entwicklung, dass es zur Zwangsfusion komme, für ihn persönlich ein schwarzer Tag sei.

Herr Bösel weist darauf hin, dass die eine Million Euro Zuweisung an die VG Nierstein-Oppenheim gehen solle.

Herr Wohlmuth erklärt, dass die Zuweisung an die neue VG erfolgen solle.

Die Vorsitzende verliest dazu den Text aus der Liste der akzeptanzfördernden Maßnahmen zur Verringerung der Verbindlichkeiten.

**„Verringerung der Verbindlichkeiten**

*Zuweisung an die neue Verbandsgemeinde mit der Vorgabe, dass die Zuweisung an die im Gebiet der bisherigen Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim gelegenen Ortsgemeinden, die in besonderem Maße eine Infrastruktur auch für andere Ortsgemeinden der neuen Verbandsgemeinde vorhalten, zur dortigen Verringerung von Verbindlichkeiten (außerhalb des Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz) weitergeleitet wird.“*

Die Vorsitzende erklärt, dass im VG-Rat bestätigt wurde, dass hiermit die Gemeinden Nierstein und Oppenheim gemeint seien.

Herr Wohlmuth fasst zusammen, dass dies bedeute, dass die eine Million Euro Zuweisung an die neue VG zwischen Nierstein und Oppenheim aufgeteilt werden solle, nicht einmal Guntersblum werde beteiligt. Er äußert die Vermutung, dass die Zustimmung von Nierstein und Oppenheim zur Fusion vom Land erkaufte worden sei.

Die Vorsitzende erklärt, dass die Gewichtung der Infrastruktur hier überproportional beurteilt wurde. Sie erläutert, dass die Grundschulen keine Ortslast seien, sondern im Haushalt Nierstein/Oppenheim, die Kitas seien in allen Gemeinden vorhanden und Straßen gebe es ebenfalls in jeder Gemeinde.

Sie weist auf die vorgeschlagene Vorgehensweise von Herr Wohlmuth hin, dass beantragt werden solle, dass alle Ortsgemeinden von der Zuweisung der eine Million Euro an die neue VG profitieren sollen.

Nach weiterer eingehender Beratung kommt zunächst folgender von Herrn Wohlmuth formulierter gemeinsamer Antrag der KLK-Fraktion und der FWG-Fraktion zur Abstimmung, falls die neue VG zustande kommt:

„Die Zuweisung von einer Million Euro an die neue Verbandsgemeinde zur Verringerung der Verbindlichkeiten ist zu begrüßen, weil alle Gemeinden Verbindlichkeiten haben.

Diese eine Million Euro soll analog eines Einwohnerschnittes auf die Gemeinden der neuen VG verteilt werden.“

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung bei 2 Enthaltungen

Weiter ergeht folgender **Beschluss**:

1. Der Gemeinderat nimmt den zur Stellungnahme vorgelegten Entwurf des Landesgesetzes über die Eingliederung der Verbandsgemeinde Guntersblum in die Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim (Stand: 24. Juni 2013) zustimmend zur Kenntnis.



2. Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass die Ortsgemeinde Guntersblum bei der Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsplanes weiterhin die Funktion als Grundzentrum zuerkannt wird.
3. Der Gemeinderat appelliert an die Landesregierung, den Gebietskörperschaften für die im Jahre 2012 positiv bewerteten akzeptanzfördernden Maßnahmen auch weiterhin eine Förderung in Aussicht zu stellen. Dazu gehört insbesondere die energetische Sanierung des Guntersblumer Schlosses.
4. Der Gemeinderat möchte dem neu zu wählenden Rat das Recht vorbehalten, eine für die neue Verbandsgemeinde passendere Bezeichnung zu finden.

Die Inhalte der Nr. 1-4 sollen dem ISIM als offizielle Stellungnahme übermittelt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Ablehnung bei 2 Enthaltungen

2. Beteiligung der Träger öffentlicher Belange, Ortsgemeinde Selzen, westlich der Gaustraße
- 

Die Vorsitzende erklärt, dass die Gemeinde Selzen ein leerstehendes Gebäude gekauft habe, das in einem engen Verkehrsbereich liege. Für dieses Gebiet solle jetzt ein Bebauungsplan erstellt werden, damit die Gemeinde ein Mitspracherecht für die weitere Entwicklung in diesem Bereich habe.

Herr Schmelzeis erkundigt sich, ob dadurch direkte Auswirkungen für Königernheim zu erwarten seien.

Die Vorsitzende verneint dies.

Der Gemeinderat der Ortsgemeinde Königernheim erhebt keine Bedenken gegen das Vorhaben (einstimmig).

3. Beteiligung der Träger öffentlicher Belange, VG Nierstein-Oppenheim, Änderung des Flächennutzungsplanes
- 

Die Vorsitzende erklärt, dass es bei der Änderung des Flächennutzungsplanes 2020 um die Integration der Landschaftsplanung gehe. Betroffen seien folgende Bereiche:

- Grünflächenzweckbestimmung Swingolf in Hahnheim,
- Sonderbauflächen für Hotel und Lagerhallen in Mommenheim und
- gewerbliche Baufläche „Am Brückchen-Nord“ in Nierstein.

Die Vorsitzende bietet die Planungsunterlagen zur Einsicht an.

Der Gemeinderat der Ortsgemeinde Königernheim erhebt keine Bedenken gegen die Planungen (einstimmig).

#### 4. Mitteilungen

---

Die Vorsitzende informiert zu folgenden Themen:

- **Entwässerung Ortsstraßen und Bürgersteige**  
vorläufige Festsetzung für 2013: 16.496,78 Euro
- **Stand der Liquidität**  
zum 21.08.2013: Saldo von -739.252,-- Euro  
Die Vorsitzende erklärt, dass das Land seine Rate noch nicht gezahlt habe.
- **Stromlieferverträge mit EWR**  
werden am 30.09.2013 zum 31.12.2014 gekündigt.  
Die Vorsitzende erklärt, dass Vergaberegularien einzuhalten seien, danach erfolge Ausschreibung und Vergabe.
- **Straßenbeleuchtungsverträge mit EWR**  
werden voraussichtlich verlängert werden.  
Die Vorsitzende erklärt, dass nach Umstellung auf Natriumdampflampen der Vertrag neu verhandelt werden könne, da diese Lampen nicht so wartungsintensiv seien.
- **Seniorenausflug**  
am 18.10.2013 zur Saarschleife
- **Ratsweihnachtsessen**  
am 07.12.2013 in der Penningsklause
- **Kommunalwahl am 25.05.2014**
- **Bundestagswahl am 22.09.2013**  
Die Vorsitzende erklärt, dass Infoveranstaltungen für Schriftführer und Wahlvorstände in verschiedenen Orten stattfinden.  
Der Abschluss der Wahl finde im Weingut Dietz statt.

5. Anfragen

---

Herr Bösel weist darauf hin, dass am Bolzplatz ein Schild stehe mit der Aufschrift „Benutzung des Sportgeländes nur für Mitglieder des Sportvereins“.

Er erkundigt sich, ob der Bolzplatz nicht von der Gemeinde gemietet sei und von allen genutzt werden dürfe.

Die Vorsitzende antwortet, dass der Nutzungsvertrag mit dem Turnverein noch nicht abgeschlossen wurde. Sie erläutert, dass der Platz komplett eingezäunt sein müsse, bevor die Gemeinde die Verkehrssicherungspflicht übernehmen könne. Sie führt aus, dass die Verkehrssicherungspflicht zurzeit beim Turnverein liege und deshalb die Schilder rechtmäßig aufgestellt seien.

6. Einwohnerfragestunde

---

Es werden keine Fragen gestellt seitens der Einwohner.

Die Vorsitzende

(Jutta Hoff)  
Ortsbürgermeisterin

Die Schriftführerin

(Karin Reifschläger)